

JSPS Rundschreiben

aus Wissenschaft und Forschung

Japan aktuell

Wahl eines neuen Vorstands der Deutschen Gesellschaft der JSPS-Stipendiaten e.V.

Im Anschluß an das diesjährige Treffen der JSPS-Stipendiaten fand am 19. April im Uni-Club in Bonn die zweite Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft der JSPS-Stipendiaten statt. Neben dem Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit des Vereins in den zurückliegenden anderthalb Jahren und der Diskussion zukünftiger Aktivitäten war wohl das wichtigste Ereignis die Entlastung des alten und Wahl eines neuen Vorstands. Von den vier bisherigen Vorstandsmitgliedern stellten sich drei erneut zur Wahl. Insgesamt traten vier Kandidaten geschlossen und ohne Gegenkandidaten zur Wahl an. Diese wurden mit vier Enthaltungen (die Kandidaten) und ohne Gegenstimmen gewählt. Der neue Vorstand setzt sich damit wie folgt zusammen:

Vorsitzender:

Dr. Uwe Czarnetzki, Uni Essen

Schatzmeister:

Dr. Arnulf Jäger-Waldau, Hahn-Meitner Institut, Berlin

Beisitzer:

Dr. Heinrich Menkhaus, DIHK, Tokyo

Beisitzerin:

Dr. Ingrid Fritsch, Uni Köln

Forschungsergebnisse von staatlichen Universitäten an die Industrie

Die staatlichen Universitäten Japans nehmen die Weitergabe ihrer Forschungsergebnisse an die Privatindustrie in An-

griff. Am Research Center for Advanced Science and Technology der University of Tokyo wird durch Investitionen einiger Professoren noch in diesem Jahr eine Firma gegründet, deren Aufgabe der Technologietransfer ist. Außerdem planen auch die Hokkaido University und die University of Tsukuba die Einrichtung einer Vermittlungsfirma. Auch das japanische Bildungsministerium (Monbusho) beginnt mit grundlegenden Vorbereitungen für die Förderung des Technologietransfers.

Das aus einem immer härteren Konkurrenzkampf in der Industrie resultierende Interesse der Unternehmen, Patente zu kaufen, ist Anlaß für die staatlichen Universitäten, sich um Rahmenbedingungen für diesen Technologietransfer zu bemühen. Das schließt auch eine erhöhte Bereitschaft der Wissenschaftler ein, ihre Patente zum Verkauf zu stellen. Im allgemeinen jedoch haben die Wissenschaftler wenig Interesse daran, Patente zu beantragen. Die Schuld liegt dabei nicht nur bei den Wissenschaftlern, die vorrangig Interesse an der Forschung und weniger an Patenten haben, sondern auch am japanischen Patentwesen.

Die Rechte um ein Patent, das ein Wissenschaftler einer staatlichen Universität angemeldet hat, hält zwar der Wissenschaftler persönlich. Doch das Verfahren, ein Patent zu beantragen, und die damit verbundenen Kosten muß der Wissenschaftler persönlich übernehmen. Da das Verfahren sehr kompliziert ist, werden nur sehr zögerlich Patente von seiten der Universitätswissenschaftler beantragt.

Nun sollen aber die neuen Vermittlungsfirmen diese Formalitäten übernehmen und die Forschungsergebnisse dann zügig an die Industrie weiterleiten.

Die von den Professoren der University of Tokyo gegründete Firma soll nun ab nächstem Frühjahr ihre Vermittlungstätigkeit aufnehmen. Technologische Informationen werden vorzugsweise an das 'Technologietransferkonsortium', einem Verband von Privatunternehmen, weitergeleitet. 50% der von den Unternehmen gezahlten Patentnutzungsgebühren fließen den Wissenschaftlern für Forschungszwecke zu, 30% werden als Forschungsgelder dem Research Center for Advanced Science and Technology und der Universität zugewiesen und 5% stehen dem Wissenschaftler als persönliches Honorar zu. Eventuelle Kosten, die durch den Verkauf des Patentes zustande kommen, wie z.B. Prozeßkosten, werden durch die Mitgliedsbeiträge des Konsortiums gedeckt.

Nach dem Vorbild amerikanischer Universitäten, an denen es sogenannte 'Liaison Office' für den Technologietransfer gibt, haben die Hokkaido University und die University of Tsukuba Vermittlungsfirmen gegründet.

Auch das Monbusho hat gegen Ende Juni einen Kooperationsrat mit Vertretern aus 12 Behörden gebildet, der sich mit den Modalitäten zur Kooperation von Universitäten und Industrie befaßt und Vorbereitungen für die Einrichtung von Verbindungsbüros trifft.

Doch auch diese neu ins Leben gerufenen Vermittlungsfirmen stehen vor einigen Problemen. Das japanische Beamten-gesetz sieht sehr starke Einschränkungen vor, was die Anstellung von Universitätsprofessoren an gewinnbringenden Unternehmen anbelangt. Äußerst schwierig wäre für Professoren auch die Übernahme der Betriebsleitung. Statt der Professoren sollen deshalb Studenten als Direktoren eingestellt werden. Außerdem sieht das gleiche Gesetz für Professoren, die Kapital in ein Unternehmen einbringen, eine Offenlegungspflicht vor. Da unklar ist, ob eine Offenlegung positive Konsequenzen mit sich bringt, könnte die Gründung einer Firma durch Universitätsprofessoren verhindert werden.

Um an allen Universitäten möglichst bald Liaison Offices einzurichten, sind noch einige Änderungen notwendig.

(Quelle: Nikkei 5. Juli 1997)

Evaluationsrichtlinien für Forschung an Universitäten

Der Council for Science and Technology hat am 28. Juli Richtlinien für die Evaluation der Forschung an Universitäten und staatlichen Forschungseinrichtungen beschlossen und Ministerpräsident Hashimoto vorgelegt. Jegliche Forschung und Entwicklung, die durch öffentliche Gelder unterstützt wird, soll einer strengen Evaluation unterliegen, und das Evaluationsergebnis soll sich u.a. auf die Zuteilung der Forschungsmittel auswirken. Am gleichen Tag bat Ministerpräsident Hashimoto den Council außerdem, ein Konzept für die Förderung der Informationswissenschaft und -technologie auszuarbeiten.

(Quelle: Nikkei 29.07.1997)

Immer weniger ausländische Studenten in Japan

Seit 1983 bemüht sich die japanische Regierung mit dem '100.000 Foreign Students Plan', ausländische Studenten für Japan zu gewinnen. Doch die Zahl der 1996 in Japan studierenden ausländischen Studenten ist im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Die Zahl der ausländischen Studenten, die ihr Studium in Japan privat finanzieren, ist sogar schon seit zwei Jahren rückläufig.

Um diesem Trend entgegenzuwirken, wandte sich die 'Conference on Student Exchange Policy' des Monbusho, unter Vorsitz von Prof. Leo Esaki, am 31. Juli mit einem ersten Bericht an den Bildungsminister. Dieser Bericht enthält Empfehlungen, den Studenten schon vor ihrer Ankunft in Japan die Einschreibung an einer japanischen Universität zu ermöglichen. Außerdem sollte in Kürze ein neues Aufnahmeprüfungssystem entwickelt werden, da das derzeitige System keine Prüfung in der jeweiligen Muttersprache der Studenten vorsieht und das Niveau der Prüfung sehr hoch ist. Desweiteren soll das Bürgerschaftssystem überarbeitet werden. Derzeit ist als Sicherheit für die Zahlung der Studien-

gebühren und der Miete ein Bürge notwendig.

Um den Studenten mehr Informationen zur Aufnahmeprüfung und Wohnungssituation zukommen zu lassen, sollten alle Universitäten entsprechende Daten im Internet bereitstellen.

Das Monbusho wird nun verstärkt mit dem japanischen Außenministerium und allen anderen zuständigen Stellen zusammenarbeiten und konkrete Maßnahmen beschließen, um die Attraktivität Japans für ausländische Studenten wieder zu erhöhen.

(Quelle: Nikkei 01.08.1997)

Vorzeitige Zulassung zur Universität möglich

Am 26. Juli wurde an der Chiba University der Beschluß gefaßt, auch Schüler, die aufgrund ihrer besonderen Leistungen in Physik und Mathematik das letzte Schuljahr an der Oberschule überspringen können, direkt an der Universität aufzunehmen. Die Chiba University ist die erste Universität Japans, die einen Wechsel zur Uni schon nach Vollendung des vorletzten Schuljahres der Oberschule ermöglicht.

Frühestens im Februar nächsten Jahres sollen die Aufnahmeprüfungen durchgeführt werden, anhand derer die Bewerber ausgewählt und im nächsten Frühjahr immatrikuliert werden sollen. Pro Jahr soll ca. fünf Schülern diese neue Möglichkeit geboten werden. Die Schüler müssen im Rahmen dieser Prüfung ihre Bewerbungsunterlagen einreichen sowie schriftliche und mündliche Prüfungen ablegen.

Nach der Immatrikulation werden jedem Schüler zwei Lehrkörper zur Seite gestellt, die sich um deren individuelle Betreuung kümmern. Die Chiba University möchte diese Studenten zu charakterstarken Persönlichkeiten heranbilden, die in der Zukunft nicht nur in der Wissenschaft sondern auch in Unternehmen und im öffentlichen Dienst bestehen können.

Als Leitgedanken nennt der Rektor der Chiba University: "In der heutigen Zeit, in der es immer weniger Kinder gibt, ist immer mehr eine Ausbildung notwendig, die frühzeitig die Talente und Interessen-

schwerpunkte der Jugendlichen entdeckt und fördert."

Laut einer Umfrage der Nikkei vom 2. August stimmen 49,7% der Hochschulrektoren einer vorzeitigen Zulassung zur Universität zu; 47,1% lehnen diese Möglichkeit ab. 49,5% der Befürworter gaben an, daß es an ihrer Hochschule Überlegungen gibt, die vorzeitige Hochschulzulassung einzuführen. Dabei war das Verhältnis zwischen staatlichen und privaten Universitäten ausgeglichen, jedoch ließen die traditionellen Universitäten mit hoher Studentenzahl eine deutlich stärkere Absicht erkennen, die vorzeitige Zulassung einzuführen.

79,4% der Befürworter sprachen sich dafür aus, nicht nur Schülern mit besonderen Leistungen in Mathematik und Physik, sondern auch in anderen Fächern eine vorzeitige Universitätszulassung zu ermöglichen.

(Quelle: Nikkei 27.07. und 03.08.1997)

Rationalisierung und Modernisierung an Universitäten

Japans Universitäten unterliegen derzeit umfangreichen Veränderungen. Die Zahl der 18jährigen geht zurück, der Standard für Universitätsgründungen wird gelockert. Um den verschiedenen Reformen gerecht zu werden, werden nacheinander an allen Universitäten Zentren für die Bereiche Forschung, Lehre und Verwaltung eingeführt. An den Graduiertenschulen (Daigakuin) werden Programme für Hochschulwissenschaftler und Ausbildungsprogramme für Fachkräfte eingerichtet. Diese Aktivitäten könnte man auch als eine Neuorganisation der wissenschaftlichen Gesellschaft bezeichnen.

Im Januar diesen Jahres gründeten Beamte der Universitätsverwaltung die 'Gesellschaft für Universitätsverwaltung' (Daigaku Gyōsei Kanri Gakkai), die 350 Mitglieder aus 314 japanischen Privatuniversitäten zählt. Außerdem wurde am 19. Juli an der University of Tokyo von Wissenschaftlern die 'Japanische Gesellschaft für Hochschulbildung' (Nihon Kōtō Kyōiku Gakkai) ins Leben gerufen. Beide Vereinigungen beabsichtigen, in Verbindung mit der Hochschulreform und einer

damit einhergehenden Vertiefung der bislang vernachlässigten Hochschulforschung, sich an einer Reform der Universitäten zu beteiligen.

Eine 'Gesellschaft für Universitätsverwaltung' hätte sich früher wohl problematisch gestaltet. Die Verwaltung der Universitäten oblag traditionell den Professoren und dem Lehrkörper. Doch nun soll nach amerikanischem Vorbild ein unabhängiger, qualifizierter Experte als Universitätsverwaltungsbeamter (administrator) eingesetzt werden und die Universitätsleitung rationalisieren.

Diese Gesellschaft beabsichtigt, die vielfältigen Bereiche der Universitätsverwaltung in Theorie und Praxis zu erforschen und dadurch landesweit die Tätigkeit der Universitätsbeamten zu durchleuchten.

Die 'Japanische Gesellschaft für Hochschulbildung', mit einem Büro am Research Institute for Higher Education der Hiroshima University, stellt sich die Hochschulbildung im Ganzen, d.h. Sozial-, Geistes- und Naturwissenschaften, zur Aufgabe.

Da jedoch jeder Fachbereich über eine eigene Kommission verfügt, die sich mit Lehrinhalt und -methode befaßt, werden sich die Forschungen der 'Japanischen Gesellschaft für Hochschulbildung' auf die Bereiche Aufnahmeprüfung und Verwaltungsorganisation beschränken.

(Quelle: Asahi, 04.07.1997)

Über Leserzuschriften würden wir uns sehr freuen!!

JSPS Liaison Office Bonn
Wissenschaftszentrum
PF 20 14 48
53144 Bonn

Fax: 02 28 / 9 57 77 77
eMail: jspd-bonn@t-online.de
<http://home.t-online.de/home/jspd-bonn>